

1 **Mit den Menschen gegen sozialen Abstieg, Armut und Not kämpfen**

2

3 Corona, Klima und Krieg in der Ukraine – diese Krisen haben zu einer tiefgreifenden
4 Erschütterung des Vertrauens in die Zukunft geführt, Verunsicherung ist zu einer
5 verbreiteten Grundstimmung in der Gesellschaft geworden. Bis weit in die Mitte der
6 Gesellschaft verbreiten die Explosion der Energie- und Lebensmittelpreise und eine
7 zweistellige Inflationsrate Zukunftsängste. Menschen mit niedrigen und mittleren
8 Einkommen wissen schon heute kaum, ob sie im Winter ihre Rechnungen für Heizung
9 und Strom noch bezahlen können.

10

11 Die Grundbedürfnisse aller mit solidarischer Finanzierung und Umverteilung zu sichern,
12 ist der Kern einer LINKEN Antwort auf diese Ängste.

13

14 Die akuten krisenbedingten Einschnitte ins Alltagsleben fallen zusammen mit
15 tiefgreifenden strukturellen Umbrüchen; sozial-ökologischer Umbau und Digitalisierung
16 führen zu einer tiefgreifenden Transformation.

17

18 Auch die schwarz-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen hält an der Schuldenbremse
19 fest. Damit werden notwendige Zukunftsinvestitionen ausgebremst, anstatt den
20 beschlossenen Kohle-Ausstieg bis 2030 und die weiteren industriellen Umbrüche
21 abzufedern und sozial gerecht zu gestalten. Von der dringend notwendigen Altlasten-
22 Entschuldung der Kommunen ist keine Rede mehr.

23

24 Sicherheit der Grundbedürfnisse durch Umverteilung zu ermöglichen, öffentliches
25 Eigentum in den Kernbereichen der Infrastruktur zu stärken und auszubauen und
26 möglichst Vielen eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft und ihren Umbrüchen zu
27 ermöglichen, das sind LINKE Antworten auf diese Krisen.

28

29 LINKE Antworten werden dringend gebraucht, damit sich die Menschen nicht als
30 wehrlose Opfer einer „passiven Revolution von oben“ überrollt fühlen.

31 Die Unterstützung der Gewerkschaften in den laufenden Tarifrunden, insbesondere in
32 der Metallindustrie und des öffentlichen Dienstes ist dafür ein wichtiger erster Schritt,
33 der auch einen Beitrag zur Verteidigung der Masseneinkommen in der Inflation leisten
34 kann.

35

36 Die jüngsten Wahlerfolge der extremen Rechten – z.B. in Italien und Schweden – zeigen:
37 DIE LINKE ist bei Strafe des Untergangs gefordert, ihre Alternativen den Menschen
38 verständlich zu machen, ihren Gebrauchswert im Alltag erfahrbar zu machen, in
39 gemeinsamen Kämpfen Erfolge zu erzielen und möglichst Vielen Möglichkeiten zu
40 eröffnen, die notwendigen Veränderungen aktiv, angstfrei und solidarisch leben und
41 mitgestalten zu können.

42

43 Dieser Herausforderung wollen wir uns mit dieser Bestimmung unserer aktuellen
44 Aufgaben in einem ersten Schritt gemeinsam stellen.

45

46 Die Landtagswahl war für uns eine Niederlage. Sie steht im Kontext der

47 Gesamtentwicklung der Partei in den vergangenen Jahren, die bis auf wenige
48 Ausnahmen bei Landes- oder Bundeswahlen nur Niederlagen eingefahren hat. Diese
49 Niederlagen hängen sowohl mit Streitigkeiten in der Öffentlichkeit zusammen, wie auch
50 mit einem unklaren Profil bei zentralen politischen Themen. Für uns als Landesverband
51 ist es entscheidend, dass wir unsere Arbeit fokussieren, eine gemeinsame Ansprache
52 finden und uns solidarisch mit den Kreisverbänden, kommunalen Fraktionen, Gruppen
53 und Abgeordneten auf inhaltliche Schwerpunkte konzentrieren. Dabei wollen wir uns als
54 politische Kraft sowohl in den Kommunalparlamenten und den Landschaftsverbänden,
55 als auch in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen profilieren. Unser zentraler
56 Fokus liegt dabei auf der Unterstützung der abhängig Beschäftigten, deren Kämpfe an der
57 zentralen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit stattfinden.

58

59 **Armut: In NRW für viele Menschen Alltag**

60 Vor der Landtagswahl im Mai 2022 schätzte eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler
61 in Nordrhein-Westfalen die eigene wirtschaftliche Lage als gut ein. Wenige Monate später
62 hat sich diese Einschätzung gründlich gewandelt.

63 Eine Inflationsrate von zuletzt 10,0 Prozent, getrieben von 18,7 Prozent höheren
64 Lebensmittelpreisen und einer Preisexplosion bei Energieträgern, löst bei der Mehrheit
65 der Menschen berechtigte Ängste aus. Die Teuerung bei Lebensmitteln und die
66 Befürchtungen im Winter die laufenden Kosten für Strom und Gas nicht mehr bezahlen
67 zu können, führen zu Kaufzurückhaltung. Die Binnennachfrage, von der jeder zweite
68 Arbeitsplatz in NRW abhängt, ist auf den niedrigsten Stand seit 28 Jahren gesunken. Diese
69 Entwicklung wird sich im Herbst und Winter beschleunigt fortsetzen und befördert
70 zusätzlich zur Sorge um den Anstieg der Lebenshaltungskosten Sorgen um den Erhalt von
71 Arbeitsplätzen.

72

73 Inzwischen gehen alle Institute von einer Rezession oder Stagnation aus. Diese wird zu
74 zusätzlichen Firmenpleiten und höherer Arbeitslosigkeit führen.

75 Wir unterstützen die Gewerkschaften in den kommenden Tarifaueinandersetzungen. In
76 diesem Kampf geht es darum, die Reallöhne der Beschäftigten zu sichern. Hier werden
77 die Weichen für die Lohnentwicklung der kommenden Jahre gestellt. In diesem Konflikt
78 wird deshalb auch ausgetragen, ob die Nachfrage weiter abgeleitet oder nicht.

79

80 In NRW ist Armut schon lange ein Problem. Während der Pandemie ist die
81 Armutsgefährdungsquote in NRW auf 18,7 Prozent angewachsen. Dabei ist das
82 Ruhrgebiet mit 21,1 Prozent eine Problemregion, in der einzelne Großstädte noch weit
83 höhere Armutsquoten aufweisen. Am stärksten von Armut betroffen sind
84 alleinerziehende Frauen, Erwerbslose und Menschen mit Migrationsgeschichte.

85

86 Viele Menschen leiden nicht nur unter relativer, sondern unter absoluter Armut. Wie
87 sehr diese existenzgefährdende Form der Armut zunimmt, zeigen die Nutzungszahlen
88 der Tafeln in NRW. Im Vergleich zu 2020 hat sich die Anzahl der Bedürftigen, die bei den
89 Tafeln Hilfe suchen, auf 350.000 verdoppelt. Viele Tafeln reagieren mit einem
90 Aufnahmestopp und halbieren die Menge der Lebensmittel, die sie an Betroffene
91 weitergeben. Weitere Indikatoren für existenzielle Armut sind Energiesperren und
92 Zwangsräumungen von Wohnungen. In einem durchschnittlichen Jahr wird in NRW ca.
93 100.000-mal der Strom abgestellt und es werden ca. 15.000 Zwangsräumungen
94 durchgeführt.

95

96 **Verdoppelung der Armutsquote droht**

97 In NRW heizen 64,4 Prozent der Haushalte mit Gas. Eine Verdreifachung des Gaspreises
98 werden viele weder durch Einsparungen beim Heizen noch durch Verzicht auf alltägliche
99 Ausgaben oder Einschränkungen in der Freizeitgestaltung bewältigen können, weil
100 Lebensmittelpreise, Stromkosten und Mieten weiter stark steigen. Viele Haushalte
101 verfügen über keinerlei finanziellen Rücklagen.

102

103 Der Sparkassenverband informiert, dass ca. 42 Prozent der Bankkundinnen und
104 Bankkunden NRW nicht sparen können (Bildung von Rücklagen für nötige kurzfristige
105 Anschaffungen) und schätzt, dass sich dieser Anteil im kommenden Jahr auf 60 Prozent
106 erhöhen wird. Die Anzahl der Armen in NRW könnte sich im kommenden Jahr
107 verdoppeln. Energiesperren, Zwangsräumungen und
108 Obdachlosigkeit bedrohen weit mehr Menschen als bisher. Die Kosten für Gas, Strom
109 und
110 Lebensmittel nicht mehr aus dem Einkommen bestreiten zu können, droht vielen
111 Menschen, die sich bislang in der unteren Mittelschicht verortet haben. Die Folge wird
112 ein sozialer Abstieg von Millionen sein. Gleichzeitig streichen die Energiekonzerne
113 Rekordgewinne ein. Allein der Mehrgewinn von EON und RWE beträgt rund fünf
114 Milliarden Euro.

115

116 **Unsere erste Aufgabe: Mit den Menschen gegen sozialen Abstieg, Armut und Not**
117 **kämpfen**

118 Völlig unzureichend sind die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung den Absturz
119 großer Teile der Bevölkerung in die Armut zu verhindern und die schon vorher Armen
120 vor existenzieller Not zu schützen. Die hohen Gaspreise müssen von den
121 Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlt werden. Eine Unterstützung bedürftiger
122 Haushalte lässt jedoch auf sich warten. Zudem hat die Bundesregierung ganze Gruppen
123 Betroffener, z.B. Rentnerinnen und Rentner nicht im Blick. Die Landesregierung versagt
124 in der Frage vollständig, indem sie das komplette Problem dem Bund zu schiebt.

125

126 Es ist zu erwarten, dass sich gegen hohe Gas-, Strom- und Lebensmittelpreise, den
127 drohenden Absturz in die Armut und die Bedrohung der Existenz in den kommenden
128 Monaten eine Protestbewegung formieren wird. Weil es die originäre Aufgabe von
129 Linken ist, muss DIE LINKE dort aktiv sein und Forderungen einbringen, damit diese
130 Bewegung nicht von Rechten vereinnahmt werden kann.

131

- 132 • Die Energiekonzerne sind zu verstaatlichen.
- 133 • Die Stimmungsmache der Rechten und ihre Antworten entlarven.
- 134 • Weiterführung und deutliche Verstärkung der Sozialberatung durch uns als Helferin
135 der Schwächsten in der Gesellschaft und zum anderen durch unabhängige
136 Beratungsstellen von Vereinen, Verbänden und der Kommunen.

137

138 **Energie ist Menschenrecht!**

139 Der Landesverband NRW führt im Herbst und im Winter im Rahmen der
140 Gesamtkampagne der Bundespartei eine eigene Teil-Kampagne mit dem Titel „Energie
141 ist Menschenrecht“ mit dem Fokus auf die Energiepreise durch. Thematisch im Zentrum
142 stehen die Forderungen:

143

- 144 • Verbot von Strom- und Gassperren,
- 145 • Nothilfefonds für betroffene Verbraucherinnen und Verbraucher,
- 146 • Energie-Grundkontingent,
- 147 • Energie-Preisdeckel,
- 148 • Übergewinnsteuer für profitierende Konzerne.

149
150 Unser Ziel ist es, öffentlich sichtbar zu werden und so viel Druck wie möglich auf die
151 Regierungen aufzubauen für ein soziales Umsteuern in der Energiepreiskrise. Es geht
152 zum einen darum soziale Härten abzufedern und existentielle Notlagen zu verhindern.
153 Hierfür fordern wir das Verbot von Strom- und Gassperren sowie kommunale und
154 landesweite Nothilfefonds. Es geht zugleich auch darum, die Themen soziale
155 Gerechtigkeit und Umverteilung auf die Agenda zu setzen und deutlich zu machen, dass
156 die Krisenlasten von profitierenden Unternehmen und Reichen getragen werden sollten,
157 nicht von Menschen ohne, mit kleinen oder mittleren Einkommen. Bereits 2021 ist die
158 Lohnquote in Deutschland deutlich zurückgegangen. Verschärft wird diese soziale Not
159 durch die aktuelle Sanktionspolitik. Sie trifft sowohl die russischen als auch die
160 deutschen Lohnabhängigen, während sie die russische Elite reicher macht. Wir lehnen
161 eine solche Sanktionspolitik ab.

162
163 Als Organisatorin von Protest und Widerstand gewinnen wir ein schärferes Profil: Wir
164 stellen uns Zwangsmaßnahmen wie Energiesperren und Zwangsräumungen mit den
165 Betroffenen entgegen. Den Protest tragen wir in und vor die Geschäftsräume von
166 Energiekonzernen und Energieversorgern. Von den Kommunen sowie der
167 Landesregierung fordern wir Engagement und effektive Hilfen wie z.B. Nothilfefonds ein.
168 Mit anderen gemeinsam wollen wir auf Ratschlägen, Aktionsformen und solidarische
169 Selbsthilfe entwickeln.

170
171 Unabhängig von tagesaktuellen Forderungen gilt weiterhin, dass durch Erhöhung von
172 Transferleistungen, Renten und Mindestlohn alle Menschen aus der Armut geholt
173 werden müssen.

174 175 **Klima: Auch eine Klassenfrage**

176 Wollen wir eine lebenswerte Umwelt für die kommenden Generationen, müssen wir bis
177 2035 klimaneutral werden. Rund 30 Prozent aller bundesweiten Emissionen kommen
178 aus NRW. Im Rheinischen Revier, in Lützerath, entscheidet sich in diesem Herbst, ob
179 Deutschland das 1,5-Grad-Ziel noch erreichen kann. Notwendig sind der unverzügliche
180 Ausstieg aus der Braunkohlewirtschaft ebenso wie der schnelle ökologische Umbau der
181 Stahlproduktion von Thyssenkrupp in Duisburg.

182
183 Es braucht schnell den flächendeckenden Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme, nicht
184 nur entlang von Rhein und Ruhr, sondern auch im ländlichen Raum. Besonders dringend
185 ist der beschleunigte Ausbau von Windenergie und solarer Stromerzeugung – überall in
186 NRW.

187
188 Klimapolitik und Armutsbekämpfung waren noch nie so eng verzahnt wie heute. Eine
189 sozialökologische Wende für NRW ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die Lasten
190 des Klimawandels tragen die Menschen, die sich nicht gegen Klimaschäden versichern,
191 ihre Gasrechnung nicht mehr bezahlen oder bei steigenden Lebensmittelpreisen sich das

192 Essen nicht mehr leisten können. Den Preis zahlen schon heute tausende Hitzetote jeden
193 Sommer, vor allem ältere und arme Menschen in Innenstädten. Wir wollen verhindern,
194 dass die Kosten der Klimakrise auf Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen
195 abgewälzt werden.

196

197 Zu den fatalen Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine gehört, dass durch
198 die Verknappung von fossilen Energieträgern viele politische Entscheidungen und
199 Maßnahmen der Klima- und Umweltpolitik in Frage gestellt oder sogar verworfen
200 werden: Kohlekraftwerke bleiben länger in Betrieb, LNG-Terminals werden gebaut.
201 Fracking, die längere Nutzung von Atomkraft und sogar der Neubau von
202 Kernkraftwerken sind im Gespräch. Lasst uns allen diesen Bestrebungen gemeinsam mit
203 den Menschen vor Ort entschieden entgegenzutreten!

204

205 Mit der Klima-Bewegung und den Menschen vor Ort leisten wir Widerstand gegen das
206 Abbagern von Lützerath und den fortschreitenden Braunkohleabbau im Rheinischen
207 Revier. Wir beteiligen uns an der breiten Bewegung für den Beibehalt des 9-Euro-
208 Tickets und die Perspektive eines Nulltarifs im ÖPNV. Wir kämpfen weiterhin vor Ort
209 gegen die Zulassung von Fracking in NRW. Der Atomausstieg muss außerdem
210 unumkehrbar bleiben. Wir unterstützen daher die Anti-AKW-Bewegung bei dem Kampf
211 um die Schließung der Uran-Anreicherungsanlage (UAA) in Gronau.

212

213 **Für Zusammenhalt in der Partei**

214 Unser Land braucht eine Politik, welche die tiefen sozialen Spaltungen wirklich
215 überwinden will. Für eine solche Politik der sozialen Gerechtigkeit steht nur DIE LINKE.
216 Wir müssen dringend politisch wieder handlungsfähig werden. Das können wir schaffen,
217 wenn wir unsere Kontroversen sachlich innerhalb der Partei austragen. Das können wir,
218 wenn wir uns daran erinnern, warum wir uns gegründet haben.

219

220 Der Landesverband hat die Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser NRW in den Jahren
221 2021/22 aktiv unterstützt. Sie wurde Ende April dieses Jahres leider nicht erfolgreich
222 beendet, da das erforderliche Quorum nicht erreicht werden konnte. Doch ist es gelungen,
223 50.000 Unterschriften zu sammeln. Das Netzwerk der lokalen Gesundheitsbündnisse, das
224 zusammen mit ver.di die Volksinitiative überwiegend getragen hat, beabsichtigt jetzt, als
225 landesweite Initiative die für den Herbst geplante Umsetzung der Krankenhausplanung
226 in NRW zu begleiten, da diese darauf zielt, mit umfangreichen Schließungen von
227 Abteilungen und ganzen Krankenhausstandorten das stationäre Versorgungsangebot in
228 NRW zu reduzieren. Als Landesverband unterstützen wir diese Initiative sowie die
229 Aktionen zum Erhalt einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung vor Ort.

230

231 Unsere politische Handlungsfähigkeit hängt auch davon ab, dass wir die Arbeitsfähigkeit
232 unserer Strukturen für die Gliederungen, Gremien und Mitglieder der Partei ausbauen.
233 Im Mai 2022 fand in NRW die Landtagswahl statt. Das Ergebnis ist eine Folge politischer
234 Rahmenbedingungen und ein Spiegel des Zustands der Gesamtpartei gewesen. Die
235 aktiven Genossinnen und Genossen vor Ort konnten das Ergebnis kaum beeinflussen.
236 Dieser Landtagswahlkampf hat uns aber auch gezeigt, dass Schwächen sowohl in der
237 Struktur und in der Präsenz vor Ort als auch in der allgemeinen Aktionsfähigkeit
238 bestehen. Der Wahlkampf konnte nicht überall mit der gleichen Intensität geführt

239 werden. Es gibt viele Regionen in NRW, in denen wir Potential haben, das wir noch nicht
240 ausschöpfen können. Hier gilt: Parteaufbau, Parteaufbau, Parteaufbau.

241

242 Auch für die Mehrfachbelastung vieler Genossinnen und Genossen durch kommunale
243 Mandate und Parteiarbeit müssen wir Konzepte entwickeln, wie die Arbeit von Partei und
244 Fraktionen stärker verzahnt und produktiver gemacht werden kann. Gemeinsam mit den
245 Kreis- und Ortsverbänden und den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern wollen wir
246 politische Schwerpunkte diskutieren und Aktionen entwickeln, welche sowohl die
247 parlamentarische als auch die außerparlamentarische Ebene beinhalten. Im Hinblick auf
248 die Kommunalwahl 2025 gilt es, die Zeit bis dahin bereits ab jetzt zu nutzen, um die
249 Parteistrukturen zu stabilisieren, zu stärken, weiter aufzubauen und durch
250 Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen bereits vorhandene Mitglieder zu aktivieren und neue
251 zu gewinnen.

252

253 **Die Partei in der Fläche und in ihrer Organisation stärken!**

254 Folgendes soll der neue Landesvorstand verstärkt angehen im Hinblick auf die
255 anstehenden Europawahlen 2024 und insbesondere für die entscheidende
256 Kommunalwahl 2025:

257

- 258 • Der Landesvorstand organisiert in Zusammenarbeit mit dem LAK Ländlicher Raum
259 eine Konferenz zur Parteiarbeit im ländlichen Raum, Durchführung in der ersten
260 Jahreshälfte 2023.
- 261 • Der LaVo erarbeitet ein Konzept zur organisationspolitischen Schulung der Gremien.
- 262 • Der LaVo organisiert einen Diskussionsprozess zur Bildung von Regionalverbänden.
263 Wenn die Regionalisierung durch die KVen unterstützt wird, ist deren Umsetzung für
264 2024 anzustreben.
- 265 • Der LaVo organisiert frühzeitig eine kontinuierliche Austauschstruktur mit den
266 Kreiswahlkampfleitungen bzw. den geschäftsführenden Kreisvorständen mit Blick auf
267 die Europawahl 2024 und die Kommunalwahl 2025.
- 268 • Der LaVo ermöglicht einen regelmäßigen Austausch mit den
269 Kommunikationsverantwortlichen der Kreisverbände und strebt eine weitere
270 Professionalisierung unserer Kommunikationsstrukturen an.
- 271 • Der LaVo verstetigt die Austauschstruktur mit dem kopofa nrw und organisiert einen
272 regelmäßigen Austausch mit den kommunalpolitischen Strukturen.
- 273 • Der LaVo verstetigt den Austausch mit den Landesarbeitsgemeinschaften und den
274 Landesarbeitskreisen.
- 275 • Gemeinsam mit dem LAK IB führt der LaVo regelmäßige Neumitgliedertreffen durch.
- 276 • Der LaVo erarbeitet Vorschläge für Schwerpunktaktionen zur Mitgliederwerbung mit
277 entsprechendem Material (z.B. Unterstützung bei Familienfesten usw.).
- 278 • Der LaVo verstärkt regelmäßige Treffen des LAK Parteaufbau mit entsprechender
279 Kommunikation an die Kreisverbände.

280

281 **Wie können unsere Veranstaltungen und Aktionen erfolgreicher werden?**

282 Es wird viel erwartet von uns mit dem Blick auf den Herbst und Winter: Energiepreise
283 gehen in den Himmel, das 9-Euro-Ticket entfällt wieder und die Inflation sorgt dafür,
284 dass immer mehr Menschen sich am Ende des Monats entscheiden müssen, ob sie
285 heizen oder essen. Der Landesvorstand wird die Aktionen, die von der Bundesebene

286 geplant werden, auf der Landesebene umsetzen und für die Kreisverbände aufbereiten.
287 Dabei wird eine Fokussierung auf NRW vorgenommen.

288

289 **Vielfalt im Landesverband stärken**

290 „DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der
291 sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sowie
292 aus feministischen und anderen emanzipatorischen Bewegungen an. Wir beziehen uns
293 auf politische Theorien der Frauenbewegung und des Feminismus, die die Kritik an allen
294 Herrschaftsverhältnissen, die Frauen unterdrücken und benachteiligen, in den
295 Mittelpunkt stellen und weltweit die Durchsetzung der Menschenrechte für die Frauen
296 und die Abschaffung jedweder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts fordern.“
297 (Erfurter Programm)

298

299 Wir wissen: Sexismus und geschlechtsspezifische Gewalt sind in der Gesellschaft tief
300 verankert. Auch wir als Partei sind nicht vor Sexismus, Gewalt, Beleidigungen und
301 anderen diskriminierenden Verhaltensweisen gefeit. Es ist für unsere Partei eine
302 besondere Aufgabe, Gesellschaftsveränderung immer auch als Selbstveränderung zu
303 begreifen.

304

305 Wir wollen daher emanzipatorische Politik glaubhaft nach innen und außen mit Leben
306 füllen und nicht in einer Stellvertreterpolitik verharren. Die Entwicklungen der
307 vergangenen Jahre zeigen, dass bei unserer Attraktivität und Anschlussfähigkeit für
308 Frauen, für Menschen mit Migrationshintergrund oder bei unserer Inklusionsarbeit
309 noch Luft nach oben ist. Wir werden in allen Gremien und Strukturen beginnen, einen
310 offensiven Umgang mit dem Thema Sexismus und sexualisierte Gewalt in den eigenen
311 Reihen einzuüben und zu leben. Wir dürfen nicht schweigen. Hilflosigkeit ist kein
312 Argument. Wir benötigen kompetente Unterstützung. Der Landesvorstand hat eine
313 Vertrauensgruppe benannt, die Mitglieder der Vertrauensgruppe erhalten Schulungen.
314 Wir suchen den Kontakt zur externen Expertinnenkommission der Bundespartei und zu
315 professionellen Institutionen und Beratungsstellen, um Betroffenen gezielte fachliche
316 Hilfe vermitteln zu können.

317

318 Wir sind Verbündete im antirassistischen Kampf und streben eine Stärkung der
319 Zusammenarbeit mit migrantischen Organisationen an. Wir arbeiten weiter an der
320 inhaltlichen Weiterentwicklung eines antirassistischen Profils.

321

322 Wir begegnen einander auf Basis von Vertrauen und gegenseitigem Respekt und wir
323 achten auf einen wertschätzenden Umgang miteinander. Wir ergreifen aktiv Partei für
324 einen diskriminierungsfreien Umgang miteinander.

325

326 Für alle künftigen Landesvorstände muss es dauerhafte Aufgabe bleiben, dass DIE LINKE
327 in NRW ihren eigenen Ansprüchen in diesem Bereich tatsächlich gerecht wird.

328